



## **WS: Thesen und Forderungen zum Thema Wohnen**

1.) Frauen verdienen im Durchschnitt 20% weniger als Männer und unter den Alleinerziehenden ist ein hoher Anteil Frauen. Sie würden, sowie andere Niedrigverdiener\*innen auch, besonders von bezahlbarem Wohnraum profitieren. Dazu bedarf es eines befristeten Mietenerhöhungsstopps, einer Verlängerung der Auslaufrfrist sowie des weiteren Ausbaus des Sozialwohnungsbaus, einer Befristung und Deckelung der Modernisierungspauschale und noch stärkerer Förderung und Unterstützung des genossenschaftlichen Bauens, zusätzlich eine weitere Verlängerung des Betrachtungszeitraumes beim Mietenspiegel von 6 auf 10 Jahre.

Wohnraum darf kein Spekulationsobjekt sein, die Möglichkeiten mit Wohnraum zu spekulieren müssen begrenzt werden, am effektivsten in diesem Zusammenhang, war nach Meinung der Teilnehmenden, wenn mensch die Enteignung großer Immobilienfirmen initiieren würde, so wie in Berlin. Zusätzlich sollte nur noch das Erbbaurecht angewendet werden, um als Stadt mehr Gestaltungsmöglichkeiten zu haben. Und Wohnen sollte als Grundrecht verankert werden.

2.) Um geschlechtergerechtes und lebenswertes Wohnen zu ermöglichen, braucht es:

Mietshäuser, die einen hellen Innenhof haben, in dem Kinder gefahrlos unbeaufsichtigt spielen und die Erwachsenen sich zwanglos treffen können. In den Häusern sollte es ausreichend Abstellfläche für Kinderwagen, Fahrräder, Rollatoren und Rollstühle geben.

Wohnungen müssen für jedes Haushaltsmitglied genug Platz, sprich Rückzugsmöglichkeiten bieten. Die Wohnräume sollten hell sein mit flexiblen Wänden, damit die Räume so verändert werden können, dass sie an die unterschiedlichen Lebensbedürfnisse der Bewohner\*innen angepasst werden können.

Wegen der stärkeren Verbreitung von home office ist zu überlegen, inwieweit es sinnvoll ist, in einigen Stadtteilen geförderte Co-working spaces einzurichten, inklusive Treffmöglichkeiten und Kinderbetreuung. Die Finanzierung derselben bzw. die Miete dafür sollten die Unternehmen übernehmen, die davon profitieren.

Eine weitere Forderung war, die Vergabe von Baugrund sollte nach gendergerechtem Konzept und nicht nach Höchstgebot erfolgen.

3.) Die Beteiligung der Bevölkerung in Hamburg an Planungsvorhaben ist schon gut, bedarf aber noch der Verbesserung und Erweiterung. Besonders Frauen\*, Menschen mit Migrationshintergrund, Niedrigverdiener\*innen und auch ältere Menschen sowie Kinder sind noch zu wenig an den Planungen beteiligt. Angebote bei Kaffee und Kuchen, alltagstaugliche, niedrighschwellige Angebote, wie in Wien praktiziert, sind da Erfolg versprechend. Zeit rentiert sich, d.h. Beteiligungsprozesse brauchen Zeit, aber intensive Beteiligung der Bevölkerung vor Ort führt zu mehr Zufriedenheit und Miteinander im Quartier.